

Beschluss der 3. ordentlichen Landesmitgliederversammlung

Antrag 15

3. ordentliche Landesmitgliederversammlung der Liberalen Hochschulgruppen
Niedersachsen, Hannover, den 18. Oktober 2019

Antragsteller: LHG Osnabrück

Status: angenommen; abgelehnt; verwiesen an _____

Die 3. ordentliche Landesmitgliederversammlung hat beschlossen:

1 Erasmus+ als Chancenprogramm für Studierende

2 Das Förderprogramm Erasmus+ ist ein Erfolgsmodell der Europäischen Union (EU). Es fördert
3 den Austausch und die Zusammenarbeit von europäischen Schulen und Hochschulen und
4 stärkt dadurch den Wissenschaftsstandort Europa. Vor allem bringt Erasmus+ aber viele
5 Jugendliche aus den unterschiedlichsten Ländern zusammen, ermöglicht es ihnen neue und
6 einzigartige Erfahrungen zu sammeln und stärkt damit nachhaltig das friedliche
7 Zusammenleben auf unserem Kontinent. Die Liberalen Hochschulgruppen Niedersachsen
8 sprechen sich deshalb für eine Beibehaltung und Ausweitung von Erasmus+ aus.

9 Noch ist das Vereinigte Königreich Teil des aktuellen Erasmus+-Programms, das noch bis
10 2020 läuft. Allerdings lässt das Chaos um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU
11 bisher offen, wie es danach weitergehen soll. Sollte es tatsächlich zu einem unregelmäßig
12 Brexit kommen, würde das zu einem sofortigen Ende des universitären Austauschs zwischen
13 der EU und dem Vereinigten Königreich führen. Die Liberalen Hochschulgruppen
14 Niedersachsen fordern deshalb, dass in den Austrittsgesprächen darauf hingearbeitet wird,
15 dass die Teilnahme des Vereinigten Königreichs am Erasmus+-Programm der nächsten
16 Finanzierungsrunde (also ab 2020) fortgesetzt wird, um ein solches Szenario zu verhindern.

17 Ferner setzen sich die Liberalen Hochschulgruppen Niedersachsen dafür ein, dass allen
18 Beitrittskandidaten der EU und Staaten mit Beitrittsperspektive sowie allen weiteren Staaten
19 der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Russland angeboten wird, gegen angemessene
20 finanzielle Beteiligung, Teil des Erasmus+-Programms zu werden, anstatt nur Partnerland zu
21 sein.